

Affront - Darum Feminismus!
Diskussionen und Praxen
ISBN 978-3-89771-303-1
2. Auflage ©UNRAST März 2014

Geleitwort zur zweiten Auflage

Wir freuen uns sehr, dass das Buch »Darum Feminismus!« scheinbar Anklang findet und nun in zweiter Auflage erschienen ist. Um uns nicht dem Zeitdruck zu unterwerfen, haben wir uns entschieden, das Angebot von Unrast zu nutzen und als Herausgeberinnen ein Vorwort nicht für den Druck, wohl aber für die Homepage zu verfassen.

Viel ist in den letzten über zwei Jahren seit Erscheinen des Buches umkämpft und diskutiert worden. Unsere Motivation, das Buchprojekt anzugehen war es, Bezug zu Debatten und Praxen nehmen zu wollen. Dieser Antrieb bleibt uns ein wichtiger und so wollen wir weiterhin feministische Diskussionen anschieben und feministisch in Diskussionen hineinsprechen. In diesem Sinne: Wir hoffen auf viel Spaß und vor allem reichhaltige Diskussionen beim Lesen des neuen Vorwortes!

Eure Affronts

Darum Feminismus - Vorwort zweite Auflage.

Über zwei Jahre liegt das Schreiben dieses Buches nun zurück. Es kommt uns länger her vor. Es ist viel passiert und das Buch in den Hintergrund gerückt. Doch nutzen wir gerne die Möglichkeit, statt eines ausgiebigen Vorwortes im Buch, hier online ein paar Zeilen zum Erscheinen der zweiten Auflage zu verfassen. Unterschiedliche Debatten zum Feminismus oder mit feministischen Bezügen wurden in den letzten zwei Jahren geführt, verschiedene Ereignisse diskutiert. Ein paar wollen wir hier beleuchten. Dabei wollen wir voranstellen, dass dieses Vorwort ausschließlich von den beiden Herausgeberinnen kommt und nicht mit Autorinnen* abgesprochen ist.

Die Einschätzung darüber, welchen globalen Auseinandersetzungen und welchen »innerszenischen« Debatten welche Relevanz beigemessen wird, veranlassen zu zweierlei an dieser Stelle: Es lohnt, das, was teils doch nur peripher beachtet wurde, nochmals festzuhalten und das, was viel debattiert wird, in diesem Kontext kritisch zu beäugen. Aus dem Verhältnis der sozialen Konflikte zu den innerlinken Debatten schließen wir, dass es durchaus lohnt, unsere politischen Praxen mal wieder neu aufzustellen. Aus einer feministischen Perspektive müssen wir überlegen, in welcher Weise wir einem Wiedererstarken männlicher Werte und gewaltvoll ausgrenzenden Regimen begegnen wollen, in welchen Feldern wir Punkte eines anderen solidarischen Alltags setzen können und wo wir uns Gewalt radikal entgegenstellen müssen. Dabei gilt es die Augen offen zu haben, welcherorts Gewalt tödlich ist und wo wir erlernten Diskriminierungspraxen auf Verständnis fußende veränderte Praxen entgegensetzen können. Wir sind der Auffassung, nur mit einer grundlegenden Verankerung von Vertrauen und Solidarität gemeinsam in verschiedenen Bewegungen gegen die kapitalisierte Ausgrenzung der europäischen Gesellschaften kämpfen zu können. Diese Beziehungen sind die Instrumente, die wir rassistischer Abschottung, Beweisführung von nationaler Stärke und Souveränität, patriarchaler Gewalt sowie der Idee des Schutzes des »gesunden Volkskörpers« entgegensetzen können.

Es lohnt, auf diese Verhältnisse auch aus feministischer Perspektive zu blicken. Denn die beständige Wiederholung rassistischer Kriminalisierung und Ausgrenzung des »inneren Fremden« im Kontext der NSU Ermittlungen, der Anschläge auf Kioske oder Unterkünfte oder die Rede von »Sozialbetrügern« fußt auch auf einer patriarchalen Schutzhaltung der »eigenen Familie« im Nationalstaat. Auf Tote vor Lampedusa wird mit einer Aufrüstung der Grenzschutzagentur Frontex und der Verweigerung des Lebens der Überlebenden in Italien, Deutschland und anderswo reagiert. Die globale Verunmöglichung humaner und natureller Reproduktion des Lebens nimmt weiterhin zu. Sei es die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur in der globalen Ressourcenvernichtung oder in der bundesweit verschärften Prekarisierung von beispielsweise Arbeiterinnen in der häuslichen Care Work. Auf das Gesetz zum Mindestlohn folgte ein Grundsatzurteil auf Bundesebene, das Lohnausstände und weitere Arbeitsrechte nun nur noch für reguläre Arbeitsverhältnisse mit Arbeitserlaubnis durchsetzbar macht.

In die regressiv-konservativen Versuche, Widersprüche und Differenz nicht aushalten zu wollen, reihen sich auch verstärkte europaweite Aggression und Hetze gegen Roma, Homoerotik und Sexarbeiter_innen ein. Europaweit sehen sich Roma mit Ausgrenzung, Abschiebung, Stigmatisierung und weiteren Formen der Gewalt konfrontiert. Die Bilder, die von Menschen, die aus Bulgarien in die BRD ziehen, gezeichnet werden, knüpfen dabei direkt an antiziganistisches Wissen an. Arbeitsmöglichkeiten für die EU Nachbar_innen bleiben auf Ausbeutungsverhältnisse in den Bereichen Wohnen und Arbeiten verwiesen. Und auch die aktuell kontrovers geführte Debatte um Sexarbeit arbeitet mit rassistischen Stigmatisierungen von Sexarbeiter_innen. Alice Schwarzer steigt in diese Debatte ein. Sie hat ihre feministische Wende erfolgreich vollzogen: Aus dem Kampf um körperliche Selbstbestimmung der »Mein Bauch gehört mir«-Kampagne – die unter anderem auf die Risiken von in Illegalität stattfindenden Praxen verwies – ist nun eine Kampagne für Illegalisierung von Sexarbeit und damit das Inkaufnehmen der damit einhergehenden Risiken geworden. Zu Sexarbeit gibt es etliche progressive feministische Sichtweisen (die sich durchaus entgegenstehen können), Rassismus gehört dazu aber nicht. Widersprüche und unterschiedliche Standpunkte müssen wir aushalten können. Wenn aber ein Unterdrückungsverhältnis gegen ein anderes ausgespielt wird, ist daran nichts mehr progressiv. Schließlich ein Blick über die Grenze hinaus: Beispielsweise in Frankreich wird sich von gesellschaftlich relevanten Kräften mit einer durchaus nicht geringen Massenbasis darum bemüht, Homoerotik als Gefahr für eine »gesunde nationale Sexualität und Reproduktion« zu definieren und damit Gewalttaten Vorschub zu leisten. Auch beispielsweise in Baden-Württemberg finden momentan konservative Mobilisierungen gegen Homosexualität statt. Gut, dass hier auch eine radikale Linke dagegen hält.

All solchen reaktionären Entwicklungen gilt es starke solidarische Bewegungen entgegenzusetzen. Die kritische Begleitung des NSU Prozesses, die Flüchtlingsfrauenkonferenz, die Women in Exile, Bewegungen wie der Refugee Protestmarsch und die Aneignung des Oranienplatzes, das Refugee Camp Vienna sowie die Gruppen Lampedusa in Hamburg oder Berlin stellen die Konstrukte und Selbstverständlichkeiten von Nationalstaat und der Festung Europa gehörig auf die Probe und verweisen auf ihre Risse. Wenn die Verweigerung des Rechts auf die eigene Reproduktion und Bewegungsfreiheit als unmenschliche und darum inakzeptable Entrechtungen bekämpft werden, so hat der Kampf dieser Bewegungen weit über sie selbst hinaus Bedeutung für grundlegende Rechte, Lebensmöglichkeiten und Freiheiten. Umso deutlicher erscheinen Entscheidungen von politischen Hardlinern, die versuchen diese Kämpfe kleinzureden, zu spalten, zu entpolitisieren und ihnen mit massiver Repression begegnen, als der krampfhafte Versuch, mittels einer harten Wahl von Mitteln und Rhetorik eine widerspruchsfreie und folglich ausgrenzende Sicherheitsgesellschaft zu erhalten. Und umso schöner, wenn solidarische Bezugnahmen von betroffenen Gruppen über letztlich ohnehin schon miteinander verknüpfte Themen stattfinden. So ließen sich Linien ziehen etwa innerhalb des Netzwerks zur Care Revolution zwischen Kämpfen für Versorgung und Sorge, um bezahlbaren Wohnraum, gegen Lager, gegen Ausbeutung und Entrechtung sowie für die Sichtbarkeit von Alltag und dem Streben nach einem guten Leben.

Global wehren sich Menschen gegen Entrechtung und Gewalt, treten für Respekt und ein Recht auf ein gutes Leben ein. In Indien setzen sich Frauen und ihre Unterstützer mit massiven anhaltenden Protesten gegen sexuelle Gewalt und die Schuldzuweisung ihnen selbst gegenüber zur Wehr. International hat die Kampagne One Billion Rising Gewalt gegen Frauen sichtbar gemacht und Frauen über ihre Erfahrungen zusammengebracht. In der BRD hat die Twitterkampagne #ichhabnichtangezeigt Raum gegeben, Geschichten von sexueller Gewalt und der Schwierigkeit des Umgangs mit Schuldzuweisungen, Tabus und Gegenangriffen sichtbar zu machen. The uprising of women in the Arab world schließlich ist die Vernetzung von Frauen überall auf der Welt, die Beweis führen, welchen relevanten Teil sie in Revolten und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen einnehmen und mit welcher Stärke sie das tun. Diese Bewegung der Arab Women bot erfreulicherweise für arabische und muslimische Frauen weltweit eine Identifikationsfläche und zeigte Ausdrucksstärke. Die Frage von lokalen feministischen Bündnissen bleibt weiterhin zu erarbeiten. Es ist schade, dass der internationale Frauenkampftag in Deutschland vielerorts weiterhin aktiv nur von einzelnen politischen Spektren getragen wird, statt sich jenseits der eigenen politischen Verortungen innerhalb linker Spektren zumindest an diesem Punkt zusammenzufinden, als starke Frauen und Queers, die im Kampf gegen Unterdrückungsverhältnisse je den Wert des Kampfes derjenigen neben sich schätzen. Stattdessen herrschen

Berührungängste und Distanz vor. Diese Distanz zeigte sich beispielsweise in der geringen Bezugnahme von deutschen Linken auf die Ermordung der drei kurdischen Genossinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Söylemez.

Neben all diesen globalen Ereignissen erleben Teile der radikalen Linken in Deutschland interne Brüche. Sowohl in feministischen wie auch in antirassistischen Zusammenhängen fanden politische Zerwürfnisse bis hin zu Spaltungen statt. Positionen liegen unheimlich weit auseinander, Vermittlung scheint an vielen Orten gescheitert zu sein, die Fronten verhärtet, und entsprechend hart werden die Vorwürfe gegeneinander artikuliert. Was die notwendige Debatte, die Artikulation der eigenen Position nicht leichter macht, ist die Befürchtung etlicher Linker, denen Feminismus immer schon viel zu nebensächlich war, Stichworte für Kritik nicht an einzelnen feministischen Positionen, sondern am Feminismus überhaupt zu liefern. Eine Gratwanderung.

Politische Differenzen auf der Basis der Gemeinsamkeiten diskutieren zu können, scheint eine Hoffnung gewesen zu sein, die sich zumindest für die Konflikte der letzten Jahre nicht erfüllen konnte. Wo mit den Begriffen des Rassismus und Sexismus ebenso inflationär umgegangen wird, wie vor einigen Jahren mit dem Begriff des Antisemitismus, ist gemeinsame Debatte kaum noch möglich. Darüber hinaus: Wo mit Hilfe der Analyse des Alltagsrassismus und Alltagssexismus keine Unterscheidungen mehr getroffen werden zwischen einer als diskriminierend gewerteten Aussage und intendierter und/oder institutionalisierter rassistischer und sexistischer Politik, erfahren auch politische Kategorien ihre Entwertung. Wenn, wie in einer Litanei runtergebetet, sich dazu »bekannt« wird, dass »wir alle« sexistisch und/oder rassistisch sind (weil wir es eben nicht anders gelernt haben, weil wir in Verhältnissen leben, die eben sexistisch und/oder rassistisch sind, weil es kein Außen gibt), verschwimmen die Unterschiede zwischen dem Maskulinisten und dem Pro-Feministen, zwischen weißen Antirassist_innen und Neonazis. Wenn die »Markierung« der eigenen Zugehörigkeit zu sozialen Konstruktionen (beispielsweise entlang von race, gender, class) wichtiger wird als das, was die jeweilige Person zu sagen hat, beziehungsweise aus der sozialen Subjekt-Positionierung heraus abgeleitet wird, ob überhaupt noch gesprochen werden darf, wird die wichtige Frage um Paternalismus ad absurdum geführt. Das heißt nicht, von einer Auseinandersetzung mit den eigenen »Privilegien« abzusehen, Diskussionen um die jeweilige eigene Subjekt-Position in politischen Kämpfen allerdings gibt es schon lange und sie wurden durchaus schonmal solidarischer geführt. Und diese Auseinandersetzung ist – für uns – nicht alles. Es geht schließlich auch um politische Positionen und – im Anschluss daran – darum, politisch zu wirken. Zumindest wenn wir nicht nur uns selbst, sondern auch die Verhältnisse ändern wollen. Und zwar grundlegend – oder auch: radikal. Das durchaus mal absurd erscheinende Nebeneinander der ›best theories‹ der Linken Debatten (binäre Benennungspraxis nach critical whiteness und Ablehnung sozialer Kategorien nach dem Dekonstruktionsansatz) gewinnt in Absolutheitsverwendungen theoretisch keinen Punkt. Die EINForderung beider Praxen zeigt für uns jedoch die Notwendigkeit beider Strategien: Sagbarkeit der Differenz sowie Ablehnung kategorialer Zuschreibung (Pat Parker: Vergiss, dass ich schwarz bin / vergiss nie, dass ich schwarz bin). Nun ist die Herausforderung dabei allerdings die, je kontextbezogen zu entscheiden, welche Strategie gerade zielführend sein kann.

An die politische Notwendigkeit, »die eigenen Privilegien zu reflektieren«, schließen sich durchaus unterschiedliche Schlussfolgerungen an. Zentral ist, wie mit jeweiligen Privilegien umzugehen ist. Und hier muss zuvor geklärt sein, was wir unter Privilegien verstehen. Geht es um »ein Vorrecht einer (sozialen) Gruppe gegenüber einer anderen«, können sich Linke sicherlich darauf einigen, dass Privilegien abgeschafft werden sollten. Wird die gesellschaftliche Tatsache, dass sich manche Menschen weitgehend diskriminierungsfrei bewegen können aber als deren Privileg interpretiert, und nicht als Diskriminierung derer, die das nicht können, kann die Antwort nicht sein, schlicht »Privilegien abschaffen zu wollen«, es sei denn, wir wollen in einer Welt leben, in der sich niemand mehr diskriminierungsfrei bewegen kann. Hier muss es um die Forderung gehen, dass alle Menschen sich diskriminierungsfrei bewegen können. Und das wird u.E. nicht dadurch erreicht, dass beispielsweise sogenannte »Heteroperformances« in der Öffentlichkeit vermieden werden sollen (wie viele Gesellschaften in dieser Welt gibt es, in der Liebesbekundungen in der Öffentlichkeit tabu sind und die dennoch nicht weniger heteronormativ funktionieren?) und vielleicht auch nicht unbedingt durch die beliebten Diskussionen um oberkörperfreie Drummer (auch in dieser Debatte gibt es unterschiedliche feministische Standpunkte). Für die politische Praxis jedenfalls hat diese Unterscheidung weitreichende Folgen. Sie macht den Unterschied zwischen Gegen-Normierung und Ent-Normierung deutlich. Und diese

Unterscheidung halten wir für unheimlich wichtig. Uns waren politische Theorien und Strategien, die Zweiteres durch Ersteres bewirken wollen, immer schon suspekt.

Die Frage nach Identitätspolitik schließt hier direkt an. In etlichen Debatten um Privilegien werden binäre Identitäten konstruiert und zwar in der Regel entlang der Positionierungen des Rassismus und der androzentrischen binären Geschlechterordnung selbst: Privilegierte und Benachteiligte, positiv und negativ Betroffene, manchmal gar Täter und Opfer. Wir waren nie Gegnerinnen der Benennung sozialer Kategorien. Sie ist nötig, um Machtverhältnisse sichtbar und damit angreifbar zu machen. Gesellschaftliche Konstruktionen sind eben wirkmächtig, sie konstituieren Wahrheiten. Dekonstruktion ist ohne Benennung nicht möglich bzw. läuft Gefahr, zur liberalen Phrase zu werden, also soziale Segregation sprachlich zu verdecken. Das Problem, das sich hier stellt, ist nicht das der Benennung verschiedener sozialer Positionen, sondern die Essenzialisierung dieser. Und wenn soziale Kategorien als unveränderbar, also als zwangsläufig trennend bezeichnet werden oder sie gar noch moralisch mit Begriffen der Schuld und Unschuld besetzt werden, findet Essenzialisierung statt. Streng identitätspolitische Ansätze geben zwar vor, Repräsentationslogik abzuwehren, verfangen sich aber gleichzeitig in ihr. Denn wo ist der entscheidende Unterschied, wenn Männer vorgeben wollen, was in feministischen Kämpfen passieren soll, oder Frauen das für andere Frauen beschließen wollen? Ersteres ist anmaßend, aber ist das Zweite wirklich besser? Menschen sind halt mehr als Frau oder Mann, als Trans oder Cis, als schwarz oder weiß.

Nicht nur die Frage, wer wann sprechen sollte, sondern auch die, wie gesprochen werden soll, spielt in diesen Debatten eine wichtige Rolle. Sprachkritik wird mancherorts zum Identitätsmarker für Linksradikale und gleitet nicht selten in Sprachidealismus ab. Als ob es das richtige Wort für eine androzentrische oder rassistische Kategorie gäbe. Dies ist sicherlich kein Plädoyer für diskriminierendes Sprechen, wir sind nur schlicht nicht davon überzeugt, dass eine Änderung von Benennung die Zuschreibungen oder gar die soziale Situation des Benannten ändert. In diesem Zusammenhang erfährt auch der Begriff der Gewalt seine Entgrenzung. Zweifellos gibt es verbale Gewalt, zweifellos leben »wir alle in gewaltsamen Verhältnissen«, aber diese linken Allgemeinplätze dürfen nicht zur Relativierung von körperlicher Gewalt führen. Entsprechend können wir nicht einfach feministische Konzepte zum Umgang mit sexualisierter Gewalt auf all das, was als sprachliche Gewalt gewertet wird, erweitern. Es macht einen Unterschied, ob auf einer Mailingliste Gesagtes als gewaltvoll und übergriffig beschrieben wird oder ob sexualisierte Gewalt stattfindet. Es macht einen Unterschied, ob verbale Angriffe wie Beschimpfungen oder Bedrohungen passieren oder irgendwer sich eines vermeintlich "falschen" Sprachgebrauchs bedient. Wir müssen fähig bleiben zu unterscheiden, sonst machen wir uns als Linke, als Feministinnen unglaubwürdig.

Diese Auseinandersetzungen finden auf der Folie der Normierung statt. Das heißt, bestimmte Positionen werden als für radikale Linke gültig formuliert und Menschen fürchten sich, davon abzuweichen oder überhaupt noch zu sprechen, wenn sie nicht genau wissen, was sagbar ist, oder weil sie Angst haben, den akademischen Ton der Debatte nicht zu treffen. Diese Ängste sind nicht gänzlich unbegründet. Denn die Normierung geht oftmals mit einer Ausschlusspolitik Hand in Hand, die wir erschreckend finden. Es sind Homogenisierungstendenzen, wenn durch autoritäre Reglementierungen politische Differenz ausgeschlossen wird. Und mit politischer Differenz meinen wir nicht diskriminierendes Sprechen, sondern unterschiedliche Standpunkte. Wenn diese nicht mehr sprechbar sind, nicht mehr verhandelbar, nicht mehr diskutierbar, dann etablieren sich Wahrheitsregime. Mit Ent-Ideologisierung hat das nichts mehr zu tun. Normierungen sind nicht besser, wenn sie mehrheitsgesellschaftlich etablierten Normierungen entgegenstehen. Schließlich geht es linksradikaler Politik doch um die Aufhebung von Herrschaftsverhältnissen und nicht um deren Umstrukturierung.

Ein Teil der Antideutschen proklamierte Anfang der 2000er die radikale Linke als »Hauptfeind«, es ging fortan nicht mehr um den Kampf gegen mehrheitsgesellschaftlich wirkenden Antisemitismus. Ähnlich stellt sich das gerade in anderen Themenfeldern dar. Diese Nabelschau, die nichts mehr mit Selbstkritik zu tun hat, sondern viel mehr mit der höchstens in die Lethargie führenden Suche nach eigener Widerspruchsfreiheit, verhindert mehr progressiven politischen Ausdruck, als sie ermöglicht. Und auch hier wollen wir nicht verstanden werden als Fürsprecherin derer, die Separation mit Sektierertum verwechseln oder immer schon genervt waren von feministischen und antirassistischen Interventionen »nach innen«. Aber es macht schlicht politisch keinen Sinn, die eigene Politik nur noch in Abgrenzung zur Politik der anderen linken Gruppe zu machen.

Uns bleibt letztlich jedoch auch innerhalb dieser Debatten die Hoffnung, dass die radikale Linke als Bewegung wieder feministischer, handlungsfähiger, offensiver und ausdrucksstärker wird. So bleiben wir motiviert, unsere politischen Strukturen und Beziehungen zu ändern. Schon immer sehen wir einen Sinn in längerfristigen politischen Strukturen. Das bedeutet zweierlei: über die Distanz zueinander hinaus, solidarische Bezugnahmen auf freiheitliche Kämpfe gegen Unterdrückung zu entwickeln sowie Beziehungsaufbau in konkreten Kontexten der Zusammenarbeit und Unterstützung. Solidarität braucht nicht zwingend eine geteilte Beziehung oder Sympathie. Sie besteht für uns nicht nur in Situationen von Repression und Gewalt auch über Interessenkonflikte hinaus. Neben einer eher abstrakten Solidarität gibt es streckenweise gemeinsam geführte Kämpfe, die auch auf Solidarität beruhen. Innerhalb dieser wünschen wir uns manchmal einen offeneren Raum, nicht nur abstrakt solidarisch nebeneinander auf einer Demo zu gehen, sondern miteinander dort zu sein, einander mitzuerleben, sich auszutauschen, Beziehungen zuzulassen, die jenseits der Demo in einen geteilten Alltag wirken können. Sowohl mit Genoss_innen aus der anderen Politgruppe, die direkt festgelegte Konsense teilen, als auch mit Aktivist_innen, die als Basis einen Konsens zum respektvollen Umgang teilen. Sich auch auf Beziehungen außerhalb einer definiert linksradikalen Szeneumfeldes einzulassen, eröffnet Fragen nach solidarischen Freundschaften, Paternalismus, Orten der Gemeinsamkeit und Umgang mit Differenz und Segregation in Gesellschaft. Unsere Beobachtung ist, dass sich viele, die sich in einer linken Szene bewegen, ein ganz schön eng, politisch und sozial homogenisiertes Umfeld kreiern haben. Die Folge davon ist – zumindest wenn wir davon ausgehen, dass »die Szene« nicht alle sozialen Gruppen einschließt – eine Verunmöglichung von Freundschaften über Grenzen gesellschaftlicher Segregation hinaus. Vermeintlich völlig unterschiedliche Lebensweisen oder Ansichten oder die Angst, wichtige politische Verständnisse fänden keine Anwendung, verhindern häufig, dass aus Kontakten, die im Rahmen politischer Unterstützungsarbeit oder Bündnissen entstehen, eine alltägliche freundschaftliche Beziehung wird. In diesen Beziehungen – wenn sie dann doch entstehen – sehen wir uns schnell mit den oben genannten Fragestellungen konfrontiert. Mit diesen Fragen im Kopf, aber viel wichtiger mit einem offenen Herzen, das den Wunsch nach einer gemeinsamen gelingenden, in veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen zu lebenden Zukunft mit sich trägt, können diese Beziehungen jedoch sehr wohl gelingen. Grundlegend in jeder Beziehungsgestaltung im Kleinen, im Nahumfeld und in politischen Gruppen und Strukturen ist dabei der Kampf für Vertrauen und Respekt bei gleichzeitiger Solidarität zueinander. Das klingt so simpel und sollte eigentlich so klar sein. Unser Eindruck ist aber, dass es genau daran so unendlich oft scheitert. Dass politischen Szenen und Aktivist_innen es verlernt haben, sich erst einmal mit Vertrauen zu begegnen. Dieses Vertrauen bräuchte gar nicht so weit weg zu erscheinen. Wir bräuchten gar nicht so viele »no gos« und »right so to dos«, wenn wir uns auf die Annahme des Respekts füreinander besinnen oder zumindest unsere Kräfte in dessen Wiedergewinnung statt den Umgang mit seinem Mangel investierten. Wenn ich weiß, der anderen Person liegt an mir, ist es einfach ihr zu sagen, was mich stört / einschränkt / verletzt, dann kann ich davon ausgehen, dass der Person daran gelegen ist, an diesem Zustand etwas zu ändern. Weil mir an meinem Gegenüber etwas liegt. Vertrauen, Offenheit und Interesse aneinander sind hierfür die Grundlage.

Um hegemonialen Verhältnissen ein gelebtes Anderes entgegenstellen, brauchen wir in unserem Alltag verankerte Solidarität, die Sorge füreinander und um das Wohlergehen der Person neben uns sowie die Erfahrungen, Freude miteinander zu teilen, Gemeinsamkeiten wirken zu lassen und aus all diesem Kraft für Kämpfe Seite an Seite entstehen zu lassen. Der andere Part des Aufbaus solidarischer Beziehungen zueinander auf dem Weg zu der Utopie, die eine umfassende Gesellschaftstransformation anstrebt, ist es, sich Differenzen bewusst zu sein, mit Privilegien verantwortungsvoll umzugehen und Ressourcen radikal zu teilen. Nicht vergessen dürfen wir schließlich die Kämpfe gegen konkrete Gewaltverhältnisse.

Analysen, die nicht schlicht Diskriminierung fokussieren, sondern die Materialität der Gewaltverhältnisse aufgreifen, scheint ebenso von Nöten zu sein wie soziale Kämpfe, die nicht alleine Antidiskriminierung oder Änderungen in Benennungspraxen erreichen wollen, sondern ein Ende der materiellen Gewaltverhältnisse und eine konkrete und radikale Verbesserung der Lebensbedingungen – auch wenn Erfolge auf dieser Ebene fern und mühsam scheinen. Wir wünschen uns mehr Mut, Politiken nicht an der Frage der Erfolgsmöglichkeit, sondern an der Notwendigkeit der Kämpfe festzumachen.